

### Nobelpreisträgerin hungert

Die burmesische Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi, 47, Symbolfigur für den Kampf um Menschenrechte, ist in Lebensgefahr. Nach Angaben ihres in Oxford lehrenden Mannes, des Tibetforschers Michael Aris, ist sie offenbar in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um die regierende Militärjunta zu einem Dialog zu bewegen. Seit dreieinhalb Jahren steht die Politikerin und Tochter des burmesischen Freiheitshelden Aung San unter strengstem Arrest im Haus ihrer Familie in Rangun, wo sie nur eine Dienstpersion und einen Bewacher vom Geheimdienst um sich hat. Ihre Partei, die Nationale Liga für Demokratie, hatte bei freien Wahlen im Mai 1990 über 80 Prozent der Parlamentssitze gewonnen. Die Militärs ignorierten das Ergebnis und blieben an der Macht. 2000 Oppositionelle sitzen im Gefängnis. Suu Kyi, die seither nur einmal ihren Mann und ihre Kinder empfangen



Suu Kyi

durfte, ist 1991 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Nach Aris' Angaben gehen ihr die Mittel aus, sich mit Nahrung und Medikamenten zu versorgen: Hilfe von außen verweigert sie. Ihren Mann hat die Gefangene gebeten, von einem Besuch abzusehen. Die Nobelpreis-Summe in Höhe von einer Million Dollar spendete Suu Kyi einer Stiftung zur Förderung von Gesundheit und Erziehung des burmesischen Volkes.

### Freieres Königsberg

Die Stadtväter von Kaliningrad, dem ehemaligen deutschen Königsberg, wollen in Moskau für mehr Autonomie kämpfen. Ein Gesetzentwurf, der vom Moskauer Parlament noch genehmigt werden muß, sieht vor, daß die regionalen Machthaber mehr Entscheidungsfreiheiten im Handel mit dem Ausland sowie in Steuer- und Visafragen bekommen. Von mehr Selbständigkeit verspre-

## Ungarn: Kampf gegen Skins

Erster Massenprozeß gegen jugendliche Rechtsradikale

Auch Ungarn versucht sich jetzt im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Im ersten Neonazi-Prozeß seit der Wende verurteilte ein Gericht in Budapest neun jugendliche Skinheads wegen schwerer Körperverletzung und Störung der öffentlichen Ordnung zu Haftstrafen zwischen anderthalb und zwei Jahren. 39 weitere Angeklagte kamen mit Bewährung davon. Die 48 jungen Männer waren für schuldig befunden worden, Afrikaner, Araber und Zigeuner grundlos angegriffen und zum Teil schwer verletzt zu haben.

Übergriffe auf Ausländer – wenngleich nicht so zahlreich und so gewalttätig wie in Deutschland – nehmen auch in Ungarn zu. Ende Juli starb in Budapest ein 32jähriger Arbeitsloser, nachdem er im Hauptquartier des rechtsextremen „Nationalen Bundes der Ungarn“ tagelang gefoltert worden war. Anfang November wurde der Zigeuner Zoltán Dányi in Salgótarján in Nordungarn von zwei Skinheads auf offener Straße überfallen und erschlagen.

Allerdings haben auch die Rambos schon Blut lassen müssen. Im Januar griff ein nigerianischer Student bei einer Massenkeilerei an der U-Bahn-Station Kispest in Budapest zum Messer und streckte einen Skinhead nieder. Das Opfer starb kurz darauf im Krankenhaus. Der Tatort dient seither als Ziel wallfahrender Patrioten aus dem ganzen

Land, die hier einen „ungarischen Märtyrer“ (so eine Kreuzunterschrift) betrauern.

Ihren denkwürdigsten Auftritt hatten die Ultras am 23. Oktober, dem Tag des Gedenkens an den Aufstand von 1956. Auf dem Budapester Kossuth-Platz, direkt vor dem Parlamentsgebäude, hinderten sie Staatspräsident Árpád Göncz mit Lärmterror daran, seine Festrede zu halten.

Ein Teil der Krawallmacher trug Skinhead-Kluft. Andere waren mit Armbin-

den und Mützen als Anhänger der faschistischen Pfeilkreuzler-Bewegung ausgewiesen, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs unter dem Patronat Nazi-Deutschlands Jagd auf ungarische Juden machte.

Das Budapester Massentribunal wird auch als politisches Signal ans Ausland verstanden. Regierungschef Jozsef Antall braucht Distanz zu seinem Parteifreund István Csurka, dem ultrarechten Vize des „Ungarischen Demokratischen Forums“. Antall und Csurka sind einan-



Ungarische Skinheads



chen sich die Politiker in der russischen Exklave endlich gesteigerte Investitionen aus dem Westen für das von ihnen angestrebte „Hongkong an der Ostsee“. Das Engagement kapitalistischer Unternehmer im einstigen Nord-Ostpreußen ist bislang wegen Rechtsunsicherheiten und bürokratischer Hemmnisse gering. Die Kaliningrader fordern auch das Recht, über den Namen der Stadt entscheiden zu können. Nach dem Vorbild der Leningrader, die ihre Metropole in

der ideologisch zwar nicht so fremd. Aber Csurka ist mit seinen Lebensraum-Thesen und seinen rabiatischen Untergangstiraden der jungen Demokratie nicht eben zu Diensten gewesen. Rechtspopulist Csurka sieht Ungarn als Opfer einer „bolschewistisch-jüdisch-liberalen Verschwörung“. Das wirtschaftliche Elend der Nation hat seiner Meinung nach auch rassisch-genetische Ursachen. Er nimmt die rechten Rabatzniks in Schutz. Sein Argument: „Das sind doch alles Söhne von ungarischen Müttern.“

Die Bekämpfung des harten rechten Kerns krankte in Ungarn bislang am mangelhaften juristischen Instrumentarium. Weil es kein Gesetz gegen Rassismus gab, konnte die Justiz stets nur in Ausnahmefällen durchgreifen. So gelang es beispielsweise dem Oberstaatsanwalt der westungarischen Stadt Győr nicht, Haftbefehle gegen die sieben Mitglieder der „Nationalsozialistischen Ungarischen Aktionsgruppe“ zu erwirken, bei denen im Januar Waffen, Munition, nazistisches Propagandamaterial und ein Aktionsplan zum Sturz der Regierung gefunden worden waren.

Die Ermittlungen in Győr enthüllen auch Querverbindungen zwischen den Neonazis und österreichischen Rechtsradikalen um den Austronazi Gottfried Küssel (siehe Seite 28). Bundesdeutsche Kameraden lassen in Győr Pamphlete drucken, die vom Druckort aus an Bezieher in Deutschland versandt werden. Immerhin wollen jetzt ungarische und österreichische Polizeidienststellen gemeinsam gegen die braune Gefahr vorgehen.

St. Petersburg zurückbenannt, diskutieren die Bürger seit dem Zusammenbruch des Sowjetreichs, ihrer Heimatstadt den alten Namen wiederzugeben. Die teils noch von Ex-Kommunisten beherrschte Stadtführung hat wohl eingesehen, daß die Bezeichnung Kaliningrad politisch nicht zu halten ist – der Altbolschewik Michail Kalinin war von 1938 bis 1945 Staatschef der Sowjetunion. Die Regionalpolitiker plädieren statt dessen für eine annähernde Übersetzung des deutschen Namens ins Russische: Korolewskaja gora.

## Lukrative Wolfsjagd

Während der kommenden Monate und in den folgenden vier Wintern sollen Wildhüter in Alaska vom Flugzeug aus jedes Jahr Hunderte von Wölfen und eine noch nicht festgelegte Anzahl von Bären abschießen. Einziges Ziel der jetzt von Alaskas Jagdbehörde angeordneten Aktion ist eine Erhöhung der Elch- und Karibubestände – zum ausschließlichen Nutzen von Touristen und Jägern. Die Wolfsfeinde in der Staatsregierung wollen ein „Wild-Spektakel erschaffen, wie es nirgendwo anders auf der Erde existiert“; so Alaskas Artenschutz-Chef David Kelleyhouse. Daß die biologisch unsinnige Entscheidung – der Großwildbestand in Alaska ist keineswegs gefährdet – auf starken Protest bei US-Wissenschaftlern stößt, kümmert die vornehmlich auf neue Einnahmequellen bedachten Alaska-Politiker wenig. Auch Kelleyhouse gibt zu, daß die Abschluß-Verfügung vor allem zahlungskräftigen Jägern zugute kommt. Die hatten darauf gedrängt, daß künftige Elche und Karibus vermehrt durch Ku-



Alaska-Wölfe

geln und nicht durch Wolfszähne sterben sollen. Den protestierenden Wolfsfreunden bot Alaska-Gouverneur Walter Hickel vorige Woche an, die anderen nordamerikanischen Bundesstaaten könnten gern ein paar hundert Exemplare haben.

## Gewalt erreicht die Weißen

Die politisch motivierte Gewalt in Südafrika, der allein in diesem Jahr schon nahezu 1900 Menschen, meist Schwarze, zum Opfer fielen, hat nun auch die Quartiere der Weißen erreicht. Nach dem Anschlag auf einen Golfklub in King William's Town, bei dem vier



Bombenanschlag in King William's Town

Männer und Frauen starben, explodierte in der Nacht zum Donnerstag eine Bombe in einem vollbesetzten Restaurant in Queenstown in der östlichen Kapprovinz. 19 Gäste wurden zum Teil schwer verletzt. Verantwortlich für den Terror sind vermutlich Kommandos der Azanischen Volksbefreiungsarmee (Apla), des bewaffneten Flügels des Panafrikanistischen Kongresses (PAC), dessen Slogan „one settler, one bullet“ (ein weißer Siedler, eine Kugel) immer öfter auf Hauswänden und Mauern in Südafrika auftaucht. Der PAC hatte sich 1959 als radikale antiweiße Befreiungsfront vom versöhnlicheren antirassistischen ANC abgespalten. Anders als Mandelas Organisation hat der PAC, der Südafrika nach der Befreiung Azania nennen will, seinen bewaffneten Kampf nicht eingestellt, obgleich auch er mit der weißen Regierung verhandelt. Zwar hat der PAC viel weniger Anhänger als der ANC, ihm schließen sich aber immer mehr enttäuschte Jugendliche an, wie jene jungen Killer von King William's Town, die einst in dem Golfklub als Caddies gearbeitet haben sollen.